

## Im Gespräch mit: Jeronim Perovic

Der Russland-Experte Jeronim Perovic erläutert im Interview, warum Präsident Wladimir Putin bei seinem Volk eine ungebrochen hohe Popularitätsrate genießt. Und Perovic sagt auch, wovor sich Putin am meisten fürchtet.

# «Staat misstraut der eigenen Gesellschaft»

Anna Kappeler

**M**orgen Sonntag sind nach Angaben der Wahlkommissionen rund 109 Millionen Russen zur Wahl ihres Präsidenten aufgerufen. Wladimir Putin – seit 18 Jahren herrscht er im grössten Land der Welt – dürfte aller Voraussicht nach weitere sechs Jahre Kreml-Chef bleiben.

**Herr Perovic, der morgige Sonntag gilt weniger als Wahltag denn als Wegmarke für eine unsichere Zukunft. Beginnt nun trotz der Wiederwahl Putins eine neue Ära?**

**Jeronim Perovic:** Wir können nicht in die Zukunft schauen. Klar aber ist: Putin wird sich in den nächsten Jahren darum bemühen, jemanden heranzuziehen, der sein System weiterträgt. Das wird vermutlich eine Person sein, die wir jetzt noch nicht kennen. Auch Putin war bei seinem Amtsantritt vor 18 Jahren ein Unbekannter.

**Schlechte Nachrichten also für alle Oppositionspolitiker?**

**Perovic:** Das System könnte nur von aussen umgestossen werden, aber das halte ich in den nächsten Jahren für unwahrscheinlich. Das jetzige System ist hochpersonalisiert, regiert von einer kleinen Elite, welche die zentralen Sektoren der Wirtschaft kontrolliert. In diesem System sieht Putin den Garant für politische Stabilität, dieses System stützt seine Macht, und das will er erhalten und weitergeben. Grosse Umbrüche möchte er vermeiden.

**Wer könnte ein künftiger Putin-Zögling sein?**

**Perovic:** Bereits hat Putin einzelne alte Weggefährten versetzt und eine Reihe von Gouverneuren ausgetauscht. Wir beobachten eine Verjüngung des Kaders, er zieht junge Funktionäre heran, die in seinem System gross geworden sind.

**Etwa die junge Präsidentschaftskandidatin und Modekone Xenia Sobtschak?**

**Perovic:** Eher nicht, aber ich werde mich hüten, konkrete Namen zu nennen. Putins Ära dauert immerhin noch sechs Jahre – sofern er gesund bleibt. Die Bevölkerung sieht zwar, dass es grosse Missstände wie etwa Korruption gibt. Gleichzeitig aber

fürchten sich die Menschen vor zu grossen Umwälzungen. Deshalb wird Putin ja wiedergewählt, obwohl es den Leuten seit ein paar Jahren aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage schlechter geht. Putin steht für Stabilität und Kontinuität, bei ihm weiss man, was man hat.

**Oppositionspolitiker Alexej Nawalny ruft zum Wahlboykott auf. Putins grösste Angst soll denn auch sein, dass viele Russen gar nicht wählen. Zu Recht?**

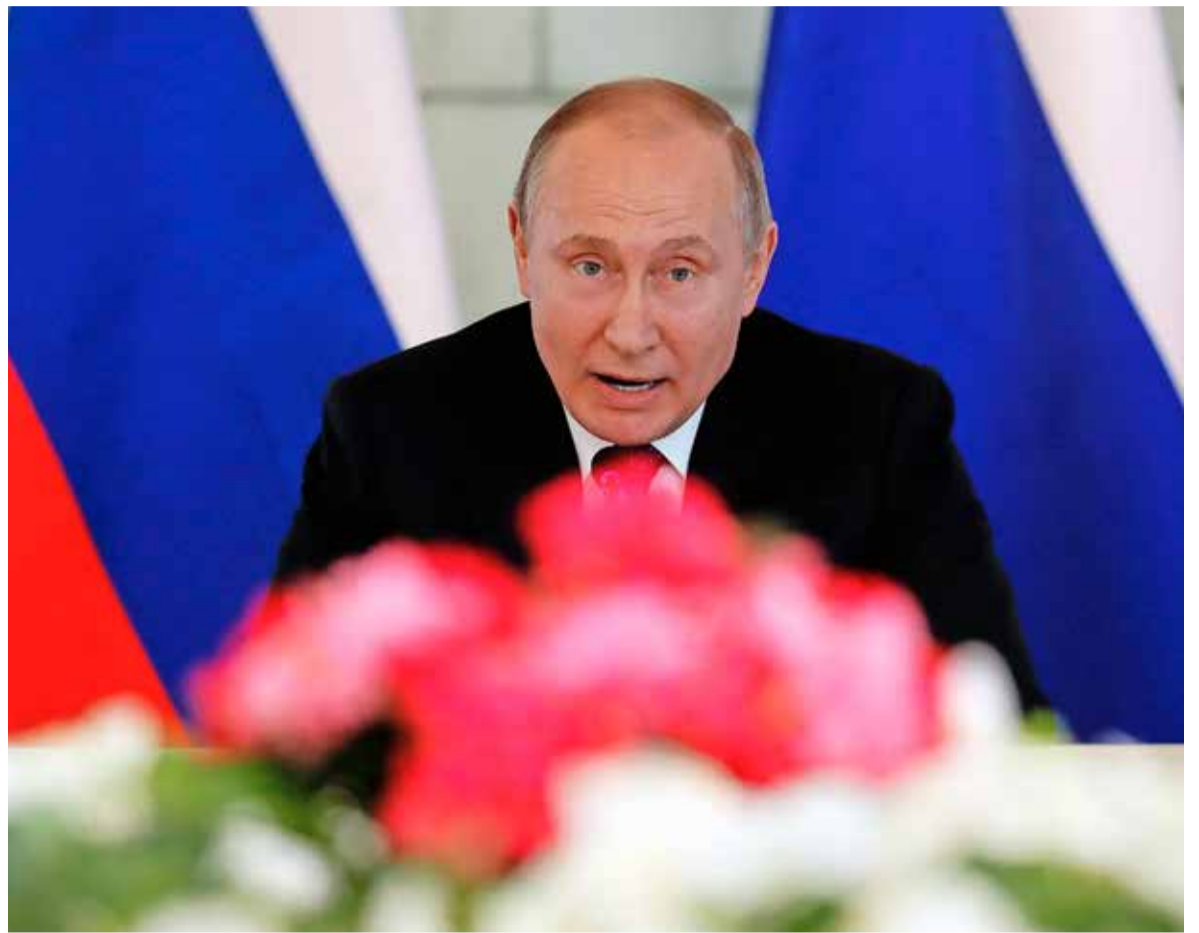
**Perovic:** Tatsächlich ist es die grösste Sorge des Regimes, dass die Wahlbeteiligung niedrig ausfällt. Wenn 20 bis 30 Prozent nicht wählen gehen oder gegen Putin stimmen, dann ist das zwar eine Minderheit, aber doch eine recht grosse Minderheit. Und autoritären Regimes sind solche Minderheiten immer verdächtig. Eine Gefahr ist derzeit allerdings nicht zu erkennen. Umfragen belegen: Eine grosse Mehrheit unterstützt nicht nur Putin, sondern auch seinen harten innenpolitischen Kurs und seine konfrontative Haltung gegenüber dem Westen.

**Woran liegt das?**

**Perovic:** Die russische Staatspropaganda spielt sehr geschickt mit dem Gespenst des «Zerfalls» der 1990er-Jahre, als Russland an den Rand eines Bürgerkriegs geriet und dem Staat der finanzielle Kollaps drohte. Der Wirtschaft ging es schlecht, etwa 40 Prozent der Bevölkerung verarmte praktisch über Nacht, während sich einige wenige im Zuge der Privatisierung bereicherten. Unter Putin stabilisierte sich Russland wieder, und davon zehrt er noch heute. Die Leute wünschen sich zwar ein besseres Leben und Reformen, sie wollen sich aber auf keine neuen Abenteuer mit unsicherem Ausgang einlassen.

**Auch die Jungen? Oder gehen die dann eben nicht wählen?**

**Perovic:** Die russische Jugend ist nicht homogen. Weil die Jungen nur Putin kennen, sehen viele in ihm «ihren» Präsidenten, und eine Mehrheit scheint ihn zu unterstützen. Unter Putin ist eine ganze Generation junger «Hurra-Patrioten» herangewachsen. Gerade in den Städten gibt es aber durchaus auch viele Putin-kritische Jugendliche, die Veränderungen wol-



Wladimir Putin wird morgen Sonntag wohl für weitere sechs Jahre zum Kreml-Chef gewählt.

BILD KEY

len und es ablehnen, dass der Staat ihre Freiheiten beschneidet.

**Wagen Sie eine Prognose zu den Wahlen?**

**Perovic:** (zögert) Also gut: 70 bis 75 Prozent gehen wählen, und ein ebenso hoher Prozentsatz stimmt für Putin. Andere Kandidaten wie der nationalistische Wladimir Schirinowski oder der Kommunist Pawel Grudini werden auf je etwa 5 bis 6 Prozent der Stimmen kommen, die anderen, darunter der liberale Grigori Jawlinski, vermutlich auf 1 bis 2 Prozent.

**Wie frei sind die Wahlen tatsächlich? Nawalny etwa durfte ja nicht kandidieren.**

**Perovic:** Es gibt acht Kandidaten, und streng genommen haben die Russen die Möglichkeit, ihr Kreuzchen irgendwo zu

### Zur Person



Der Schaffhauser Jeronim Perovic ist Professor für Osteuropäische Geschichte und Direktor des Center for Eastern European Studies an der Universität Zürich.

setzen. Trotzdem gibt es mehrere Probleme: Putin hat eine überragende Präsenz in der Öffentlichkeit, seine Politik wird in den Staatsmedien nie kritisiert. Dagegen haben die anderen Kandidaten nicht nur kaum Sendezeit, sie werden von den Medien zum Teil auch angegriffen. Zudem: Abgesehen von Nawalny, der Putin als Einziger scharf kritisiert hatte, dafür aber von den Wahlen ausgeschlossen wurde, halten sich die offiziellen Kandidaten mit Attacken gegen Putin zurück, sie wirken wie Statisten, die dafür da sind, den Wahlen einen demokratischen Anstrich zu geben.

**Kann Putin so weitermachen wie bisher?**

**Perovic:** Die Staatsführung wird um Wirtschaftsreformen nicht herumkommen. Namentlich muss die grosse Abhängigkeit vom Rohstoffsektor endlich reduziert werden. Aufgrund dieser Rohstoffabhängigkeit spürt die russische Wirtschaft Schwankungen im Erdölmarkt besonders heftig, und die tiefen Ölpreise haben Russland stärker zugesetzt als die westlichen Sanktionen. Der Staat hat weniger Geld, spart aber in Krisenzeiten lieber im Sozialbereich als etwa beim Militär und bei der Sicherheit. Interessant daran: Die Leute scheinen diese Politik – zumindest vorderhand – mitzutragen, obwohl sie die Auswirkungen der Kürzungen im Sozialbereich stark zu spüren bekommen haben.

**Wie lange kann das gut gehen?**

**Perovic:** Das ist eine Gratwanderung. Noch sind die Russen bereit, den Gürtel enger zu schnallen. Sie glauben Putin, wenn er die Schuld für die schwierige Situation dem Westen in die Schuhe schiebt, der Russland «Böses» will. Trotzdem muss Putin dafür sorgen, dass die Wirtschaft wieder in Gang kommt.

**Wie?**

**Perovic:** Das bleibt dahingestellt. Eine Diversifizierung der Wirtschaft hiesse etwa die Stärkung von KMU, was aber bedingen würde, dass der Staat der Gesellschaft Freiraum für Entfaltung bietet. Davon fürchtet sich Putin. Denn eine solche Gesellschaft wäre viel schwieriger zu kontrollieren als eine Handvoll staatstreuer Oligarchen. Das ist die Tragödie Russlands: Der Staat misstraut der eigenen Gesellschaft. Putin verbindet ein starkes Russland mit einem starken Staat. Mit anderen Worten: Putin ist überzeugt, Russland braucht jemanden wie ihn. Seine Ära ist also noch lange nicht vorbei.

## Für London steht fest: Putin hat Giftanschlag an Ex-Agent persönlich angeordnet

Grossbritannien macht den russischen Präsidenten Wladimir Putin persönlich für den Giftanschlag auf einen Ex-Agenten verantwortlich. Es sei «äusserst wahrscheinlich», dass es Putins Entscheidung gewesen sei, sagte Aussenminister Boris Johnson gestern in London. Der Kreml warf Johnson ein schockierendes und unanständiges Benehmen vor. Zuvor hatte Russland die Ausweisung von Diplomaten als Reaktion auf einen entsprechenden Schritt der Briten angekündigt. Gewarnt wurde aber auch vor weiterer Eskalation: Man dürfe nicht vor Ende der Polizeiarbeit in einen kalten Krieg abrutschen, sagte der britische Oppositionsführer Jeremy Corbyn.

Johnson warf Russland vor, das Nervengift entwickelt und illegal gelagert zu haben. Für ihn sei klar, dass die Attacke auf den 66 Jahre alten Sergej Skripal und dessen 33-jährige Tochter von dort geleitet worden sei. Beide kämpften im Krankenhaus um ihr Leben. Ein Kreml-Sprecher wies Johnsons Äusserungen scharf zurück: «Jegliche Erwähnung von oder in Bezug zu unserem Präsidenten in diesem Zusammenhang ist schockierend und ein unverzeihlicher Bruch diplomatischer Regeln und anständigen Benehmens», sagte

er laut Nachrichtenagentur Tass. Russland weist jede Verantwortung für den Anschlag zurück.

Westliche Führungsmächte – die USA, Frankreich und Deutschland – hatten sich am Donnerstag demonstrativ hinter die britische Regierung gestellt und die Verantwortung Russlands als hoch wahrscheinlich eingestuft. Russland sei aufgefordert, die offenen Fragen zu dem Gift zu beantworten, hiess aus Berlin.

### Nervengift im Koffer

Die britische Zeitung «Telegraph» berichtete, das verwendete Nervengift sei im Koffer von Skripals Tochter Julia versteckt worden, bevor diese Moskau verlassen habe. Die Behörden gingen davon aus, dass ein Kleidungsstück, ein Kosmetikartikel oder ein Geschenk damit imprägniert worden seien. Die beiden Opfer seien womöglich in Skripals Haus im südenglischen Salisbury damit in Kontakt gekommen. Nach Auskunft der Polizei war Julia Skripal am 3. März von Russland nach London geflogen.

Den Behörden zufolge wurden die Skripals mit einem sogenannten Nowitschok-Präparat vergiftet, welches das sowjetische Militär in den 1970er- und 1980er-Jahren

entwickelt hatte. Die britische Regierung hat bislang öffentlich keine Beweise für eine russische Täterschaft vorgelegt.

Russland fordert eine Probe des Nervengifts, um selbst der Herkunft nachgehen zu können. Zudem wurde ein eigenes Ermittlungsverfahren eröffnet, das dem Fall von Julia Skripal nachgehen soll. Sie ist russische Staatsbürgerin.

Auch den Tod eines Vertrauten des Kreml-Kritikers Boris Beresowski, der kürzlich in Grossbritannien unter ungeklärten Umständen starb, soll die Behörde untersuchen. Man sei bereit, mit den Briten in den Fällen zusammenzuarbeiten, hiess es aus Moskau.

Die britischen Behörden leiteten ihrerseits Ermittlungen ein. Nach Angaben der Anti-Terror-Polizei war der Tod von Nikolai Gluschkow ein Mord. Der 68-Jährige war tot in seinem Haus in London entdeckt worden. Die Obduktion habe ergeben, dass der 68-Jährige durch «Druckausübung auf das Genick» gestorben sei, teilte die Londoner Polizei gestern mit. Die genauen Todesumstände seien aber noch unklar. Bislang habe es keine Hinweise auf eine Verbindung zum Giftanschlag auf Sergej Skripal gegeben, erklärte die Polizei. (sda)